



Der Wandel von fossilen Energien – im Hintergrund das Vattenfall-Braunkohlekraftwerk im brandenburgischen Jänschwalde – zu regenerativen Energien wie Windkraft ist ein politischer Kraftakt. Mit dem jetzt erzielten Kompromiss zur Ökostromförderung zeichnet sich zumindest in diesem Bereich erst einmal Planungssicherheit ab.

Foto dpa

RN0304.14

Fast alle unter einem Hut

Beim Kompromiss zur Ökostrom-Förderung bleiben die Verbraucher auf der Strecke

BERLIN/BRÜSSEL. Für Anton Hofreiter ist das Schlimmste gerade noch einmal verhindert worden. „Die Länder konnten Gabriels Paket einige Giftzähne ziehen“, meint der Grünen-Fraktionschef gestern zum überraschenden Bund-Länder-Kompromiss bei der komplizierten Reform der Ökostrom-Förderung.

„Das völlige Abwürgen der Windenergie auf Land ist durch die Bundesländer verhindert worden“, sagt Hofreiter zu den aufgeweichten Plänen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD).

Es ist schon ein Wert an sich, dass die Interessen von 16 Bundesländern und einer Bundesregierung irgendwie unter einen Hut gebracht wurden. Das wichtigste Ergebnis des Treffens mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) für die Binnenlandstandorte ist: Förderbedingungen wer-

den so verbessert, dass sich auch an weniger windstarken Standorten neue Windräder lohnen – das freut unter anderem Nordrhein-Westfalen. Bayern und Thüringen wird etwas mehr Biomasse als geplant zugestanden – bestehende Anlagen können erweitert werden, neue Anlagen dürfen aber wegen der vielen Maiseinöden nur noch mit Abfall- und Reststoffen gefüttert werden. Und die Ausbaudeckelung von 2500 Megawatt pro Jahr bei Windrädern wird aufgeweicht. Das freut Norddeutschland.

Mehrkosten überschaubar

Die Mehrkosten dieser Kompromisse sind überschaubar, Gabriel rechnet dadurch mit 0,2 Cent mehr Ökostrom-Umlage für die Bürger bis 2020. Diese dürfte nicht mehr so in die Höhe schnellen wie in den letzten vier Jahren. Lag sie 2010 noch bei 2,05 Cent je Ki-

lowattstunde, sind es heute 6,24 Cent. Da der Ausbau nun auch deutlich günstiger vorstatten gehen könnte, rechnet Gabriels Umwelt-Staatssekretär Rainer Baake „bei allen Vorbehalten“ mit rund 7 Cent.

Prognose ging in die Hose

Aber wenn in der Vergangenheit etwas in die Hose ging, dann waren es die Prognosen zur Umlage-Entwicklung. Diese wurde in den letzten Jahren zum Haupttreiber beim Strompreis. Auch weil die Umlage aufgebläht wurde durch milliardenschwere Rabatte für inzwischen 2100 Unternehmen. Und weil die EU-Kommission hier wettbewerbsrechtliche Bedenken hegt, ist die Einigung im Kanzleramt nur „Fitzelkram“, wie die Kanzlerin die Umsetzung der Detailkompromisse umschreibt.

Gestern weilte Gabriel mal

wieder bei Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia. Nach dem Treffen betonte Staatssekretär Baake, es werde nicht bei der jetzigen Zahl begünstigter Unternehmen bleiben: „Das wird in diesem Land noch zu Diskussionen führen.“ Gabriel sieht sich vor allem als Vorkämpfer der Industrie. Am Ende könnte das Volumen der Rabatte von zuletzt 5,1 Milliarden Euro hoch bleiben – zulasten der übrigen Stromverbraucher.

Unterm Strich bleibt somit ein diffuses Bild: Mehr Klarheit beim Ausbau der erneuerbaren Energien und weiterhin ein hohes Maß an Industrieprivilegien. Holger Krawinkel von der Verbraucherzentrale Bundesverband bringt es auf diese Formel: „Man hat Wünsche der Industrie berücksichtigt, ebenso die der Bundesländer – aber die Verbraucher bleiben auf der Strecke.“

Georg Ismar